

Kurabgabe: Politiker warnen vor Ungleichheit

Stralsund. Die Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen / Freie Wähler hat den Vorstoß der Landesregierung zur Einführung einer einheitlichen Kurabgabe in Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich begrüßt. Im selben Atemzug warnte sie vor einer Ungleichbehandlung von Bürgern und Kommunen. „Der Versuch die Kurabgabe einheitlich zu regeln, muss ganz klar die Fehlentwicklung in der Handhabung der Kurabgabe in Bezug auf den Aufenthalt von Einwohnern aus Nachbargemeinden unterbinden. Die neue Kurabgabe muss gerecht für die Bürgerinnen und Bürger in den Orten sein und darf nicht zur Benachteiligung von Nachbarn führen“, betonte Fraktionsvorsitzender Matthias Löttge. Ohne die Akzeptanz der Menschen vor Ort sei eine tragfähige und gesunde weitere Entwicklung der Tourismusorte nicht mehr gegeben. Eine Neuregelung dürfe nicht dazu führen, dass es zur Benachteiligung von Gemeinden kommt, die sich bereits als Kur- und Erholungsorte für viel Geld prädikatisieren ließen. Die Kurabgabe müsse allein bei den Gemeinden verbleiben. „Sie ist ein notwendiges Finanzierungsmittel für die Orte, um ihre Kosten für die Herstellung und Unterhaltung der zu Kur- und Erholungszwecken bereitgestellten Einrichtungen sowie Veranstaltungen zu decken. Ohne die Kurabgabe kann keine Kommune den Anforderungen und Herausforderungen eines modernen Tourismusortes gerecht werden“, so Löttge.